



ARE-KURZINFORMATION – Fax/ email-Kette Nr. 192 -vip-

Plänitz, den 21.02.2011

Liebe Mitglieder der ARE und der angeschlossenen Verbände und Gruppen, liebe Mitstreiter für Rechtsstaat, Gerechtigkeit, Recht und Eigentum, Wiedergutmachung und Vollendung der deutschen Einheit, sehr geehrte Damen und Herren!

Vor 10 Tagen haben wir Sie mit der Kurzinformation Nr. 191 über das Zentralthema **„Umsetzung des 2. Flächenerwerbsänderungsgesetzes“** orientiert. Nachdem am 11.d. Mts. der von Minister Backhaus aus MV versuchte Einspruch im Bundesrat gescheitert war, läuft nun das formale Verfahren bis hin zur Veröffentlichung im Bundesanzeiger. Wir rechnen mit einer baldigen Unterschrift durch den Bundespräsidenten und verhalten uns so, dass wir uns schon einstellen auf die mit Verkündung des Gesetzes anlaufende 6-Monats-Frist. Wir hatten Sie ja auf diese wichtige Frist hingewiesen und können nur nochmals daran erinnern, alle Anträge und sonst damit zusammenhängende Klärungen nicht auf die lange Bank zu schieben. Auch führen wir auf verschiedenen Ebenen Gespräche hinsichtlich der operativen Durchführung und der damit verbundenen Fragen. Sofern Sie von uns zusätzlich als berechnigte „Alteigentümer“ angeschrieben worden sind, erbitten wir Ihre Stellungnahmen etc. so schnell wie möglich.

In diesem Zusammenhang versucht die ARE auch weitere Anspruchsberechtigte zu finden. Bitte helfen Sie uns dabei und teilen Sie mit wenn aus Ihrem Verwandten- oder Bekanntenkreis hierfür jemand in Frage kommt.

-Zum Stand der Umsetzung der Zusagen der Koalitionsparteien zur Schadensbegrenzung-

Hierzu ist zu sagen, dass in Bezug auf die Frage der Möglichkeit des vergünstigten Erwerbes in öffentlicher Hand befindlicher Grundstücksflächen durch Alteigentümer jetzt eine Arbeitsgruppe im Bundesfinanzministerium einen ersten Bericht vorgelegt hat.

Zunächst soll intern der Bestand in Frage kommender Grundstücke festgestellt werden. Später sollen auch andere Bundesressorts eingebunden werden und erst hiernach wird auch externer Sachverstand in die Untersuchung einbezogen. Die ARE hält es für sehr bedenklich, dass diese Arbeitsgruppe dem Finanzministerium zugeordnet wurde, da dadurch die Möglichkeit einer Verzögerung der Auffindung von geeigneten Flächen besteht. Die ARE wird dies kritisch begleiten und weiterhin auf eine baldige Umsetzung der Zusagen der Koalitionsparteien zur Schadensbegrenzung drängen.

Die **Enquetekommission Brandenburg** tagte am vergangenen Freitag wieder und nähert sich auch „unserem“ Zentralthema. So ging es um den Umgang mit den politischen Verfolgungen und deren Aufarbeitung, ein im Land Brandenburg bekanntlich besonders brenzliches Thema.

In Kürze stehen folgende Themen an: „Begünstigter Erwerb land- und forstwirtschaftlicher Flächen nach dem EALG“, „Durchsetzung des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung“ und Abwicklung und Privatisierung volkseigener Güter“. Diese Themenschwerpunkte werden vor dem Hintergrund der gewählten Verfahren bei der Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in der DDR und Möglichkeiten zur Korrektur von Fehlentwicklungen beleuchtet.

Die ARE unterstützt und begleitet weiterhin die Arbeit der Enquetekommission und leistet wertvolle Zuarbeit.

Im Vorfeld des **20 jährigen Jubiläums der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 23.04.1991** bereitet die ARE derzeit eine Dokumentation vor.

*So weit für heute, viele Grüße
Ihr ARE Team*